

Änderungsantrag

der Abgeordneten Frau Hillerich, Frau Rust, Wetzel und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1990

hier: Einzelplan 31

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft
— Drucksachen 11/5000 Anlage, 11/5573, 11/5581 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 31 03 ist der im Jahr 1987 entfallene Titel 681 04 wie folgt wieder einzustellen:

„Titel 681 04 — Zuschüsse an zentrale Einrichtungen zur Unterstützung von unverschuldet in Not geratenen ausländischen Studierenden — 18 000 000 DM“

Bonn, den 23. November 1989

Frau Hillerich

Frau Rust

Wetzel

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Wie in den vergangenen Jahren ist die Zahl ausländischer Studierender, die in eine akute finanzielle Notlage geraten sind, erneut gestiegen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Situation chinesischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland nach den Massakern in Peking und anderen chinesischen Städten.

Zur Erinnerung an die allgemeine Begründung dieses „Notfonds“: Viele ausländische Studierende geraten durch politische Umstürze in ihren Heimatländern, durch Dollar- und andere Währungsschwankungen, durch den plötzlichen Ausfall einer Finanzierung durch die Familie usw. in finanzielle Notlagen, ohne daß sie auf vorhandene Förderprogramme oder Unterstützungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland zurückgreifen können. Ausländische Studierende sind in ihrer großen Mehrheit vom Anspruch einer BAföG-Förderung ebenso ausgeschlossen wie vom Recht auf Sozialhilfe.

In vielen Fällen kann eine finanzielle Notsituation zum Abbruch des Studiums führen, eine persönlich wie auch bildungs- und entwicklungspolitisch unerträgliche Situation. Die Kirchen und Vertreter/innen der Betroffenen haben in den vergangenen Jahren wiederholt auf diese Situation aufmerksam gemacht und die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert.

Die Durchführung des Programms soll durch die vorhandenen Stipendienwerke vorgenommen werden. Der Mehrbetrag von 8 Mio. DM gegenüber unserer Forderung aus dem Vorjahr (10 Mio. DM) erklärt sich aus der besonderen Notsituation vieler chinesischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland.